Saarlouis, Mittwoch, den 15. November 1922.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues.

Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 300,— Mk. Mit der Post bezogen 360,— Mk. Zeilenpreise: Die 8gespaltene m/m Zeile, 41 m/m breit, 5,00 Mk., außerhalb des Saargebietes 5,00 Mk. Die 88 m/m breite Reklamezeile 8,00 Mk.

Nr. 258. 51. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle, Gefängnisstraße Nr. 6. — Telegrammadresse: Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 9, Redaktion Nr. 82. Postfach 38.

Rücktritt des Reichskabinetts.

Das Gold der Reichsbank. — Raub und Plünderungen.

Die Kabinettsfrage.

wtb. Berlin, 14. Nov. Ueber den Stand der Kabinettsfrage erfahren wir: Der Reichskanzler hatte gestern nachmittag die Vertreter der Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei zu sich gebeten, um mit ihnen über die politische und parlamentarische Lage zu beraten. Er stellte an die Parteien der Arbeitsgemeinschaft die von der Sozialdemokratie angeregte Frage, ob sie die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die neu zu bildende Regierungskoalition forderten. Nachdem die anwesenden Parteivertreter teils im Namen ihrer Fraktionen, teils persönlich diese Frage bejaht hatten, erklärte der Reichskanzler, daß er sich nunmehr diesem Wunsche der Arbeitsgemeinschaft anschließe und der BSPD. alsbald von diesem Beschluß Kenntnis geben werde. — Die sozialdemokratische Fraktion ist darauf zu einer Sitzung zusammengetreten und teils in einer späteren interfraktionellen Sitzung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft als Ergebnis ihrer Beratung das Folgende mit: Die Fraktion erklärt, daß sie an der Forderung der Stabilisierung der Mark als dringendste Forderung der inneren und äußeren Politik festhält und nur in ein Kabinett eintreten kann, das diese Politik konsequent vertritt. Sie erblickt in der bisherigen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei keine Garantie für die Durchführung der Stabilisierung und damit für die Forderung der endgültigen Lösung des Reparationsproblems. — Auf Grund der so entstehenden Lage werden die Verhandlungen mit den für die Kabinettsbildung in Betracht kommenden Parteien heute weiter geführt werden.

Die Weigerung der Sozialdemokraten.

wtb. Berlin, 14. Nov. Laut Lokalanzeiger ist man sowohl in demokratischen wie auch in Zentrumskreisen der Ansicht, daß der sozialdemokratische Fraktionsbeschluß die Grundlage zu neuen Verhandlungen bildet, und daß durchaus die Möglichkeit besteht, die große Koalition zustande zu bringen. Die Vossische Zeitung, die gleichfalls sehr optimistisch hinsichtlich der Aussichten für die Bildung der großen Koalition ist, weiß zu melden, daß der Reichskanzler bei den gestrigen Besprechungen mit den Vertretern der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft erklärt habe, er werde bei einer weiteren Weigerung der Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten, daraus die Konsequenzen ziehen und seine Demission einreichen, denn er sehe keine Möglichkeit, seine äußere Politik ohne Mitwirkung der in der Deutschen Volkspartei vertretenen Kreise der Industrie und der Finanzwirtschaft weiter zu führen. Der Vorwärts dagegen ist sehr wenig zuversichtlich; er spricht von einer schweren Krise. Unsere Prophezeiung, so sagt er, wir schienen dem großen Krach näher zu sein als der großen Koalition, beginnt sich in unheimlicher Weise zu bewahrheiten. Will man die Unterstützung der Sozialdemokratie, so muß man sich dazu bequemen, sachliche und persönliche Garantien dazu zu geben, daß eine Politik getrieben wird, die mit der Auffassung der Sozialdemokratie von den Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes vereinbar ist.

Der Reichskanzler zum Rücktritt entschlossen?

— Berlin, 14. Nov. Die Deutsche Zeitung schreibt: Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, begab sich gestern unter dem Druck der sozialdemokratischen Unnachgiebigkeit und der Absage der Deutschen Volkspartei der Reichskanzler Dr. Wirth zum Reichspräsidenten, um ihm den Rücktritt des Kabinetts anzuzeigen.

Die Kreuzzeitung meldet:

Der Reichskanzler ließ die Sozialdemokratie wissen, daß er nicht Kanzler einer bürgerlichen Minderheitsregierung sein würde, wenn durch Ablehnung der Forderung der Arbeitsgemeinschaft die alte Koalition gesprengt werde. Dr. Wirth soll darüber hinaus noch bedeutet haben, daß er bei der gegenwärtigen außenpolitischen Lage die Erweiterung der Koalition für geboten halte. Zu dem Schritt war der Kanzler wohl durch ein Schreiben des Reichsbankpräsidenten Havenstein an das Kabinett bewogen worden, in dem die Reichsbank ihre die Mark unter den bekannten Bedingungen teilzuneh- Bereitwilligkeit ausspricht, an der Stützungsaktion für men, wenn die Wirtschaftspolitik des Reiches gesundet würde, d. h. die Erzeugung gesteigert und der Achtstundentag aufgegeben werde.

Das Berliner Tageblatt schreibt:

Man muß die Fraktionen noch einmal ersuchen, alle Empfindlichkeiten und Sonderinteressen zurückzustellen. Daß wir in diesem Augenblick dem Ausland gegenüber und ebenso zur Bewältigung der großen inneren Schwierigkeiten eine breite Front und eine Regierung, in der auf jedem Posten ein schlagfertiger und tatkräftiger Mann steht, brauchen, kann niemand zweifelhaft sein. Das Volk will das Bewußtsein haben, daß seine Angelegenheiten von solchen in jeder Beziehung geeigneten Persönlichkeit geführt werden, und daß eine starke Mehrheit unter Vereinigung der verschiedenen Richtungen dieser Regierung einen festen Rückhalt gibt. Wenn die Verwirklichung des im Lande allgemein gehegten Wunsches an Fraktionsbedenken scheitern würde, so würde das niemand verstehen, und die Verantwortung würde auf alle Parteien fallen, deren Starrsinn dazu beigetragen hätte, den Plan der Regierungsumbildung zu Fall zu bringen.

Die BSPD. lehnt die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei ab.

— Berlin, 14. Nov. Die Beratungen der sozialdemokratischen Fraktion haben nach 9 Uhr abends mit folgendem mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß geendet:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt die Erweiterung der Regierung durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei ab.

Das Kabinett Wirth reicht seine Demission ein.

— Berlin, 14. Nov. Nachdem die sozialdemokratische Fraktion heute abend mitgeteilt hat, daß sie in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei nicht eintreten könne, hat das Reichskabinett beschlossen, durch den Reichskanzler dem Reichspräsidenten seine Demission zu überreichen.

Ein Kabinett Stresemann?

— Berlin, 14. Nov. Unmittelbar nach Beendigung der gemeinsamen Sitzung begann die entscheidende Fraktionssitzung der Vereinigten Sozialdemokratie, die von 7 Uhr bis Punkt 9 Uhr abends dauerte und in der es wieder sehr lebhaft zugegangen sein soll. Das Ergebnis war die kurze Entschließung mit dem einzigen lapidaren Satz. (S. oben.) Das war das Signal, daß die Regierungskrise offiziell geworden war. Es blieb nunmehr nur noch der Rücktritt des Kabinetts Wirth übrig, da ja Dr. Wirth sich seit gestern restlos auf den Standpunkt der beiden andern Koalitionsparteien, des Zentrums und der Demokraten, gestellt hatte, nämlich, daß die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei absolute Voraussetzung für eine fruchtbare Politik des Reiches sei. Es kam nun alles zwangsläufig. Dr. Wirth berief die Vertreter des Zentrums und der Demokraten zu sich und teilte ihnen den Entschluß der Demission des Gesamtkabinetts mit. Ungefähr gleichzeitig trat die Regierung Wirth im Reichstagsgebäude zusammen und vollzog das Demissionsgesuch an den Reichspräsidenten durch die Unterschrift.

Das Wort hat nunmehr der Reichspräsident Ebert. Ob er Dr. Wirth erneut mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragen wird, war heute abend in der 11. Stunde, wo die letzten Szenen des Dramas abrollten, noch völlig ungewiß. Man erzählte sich, daß die Sozialdemokratie es Dr. Wirth schwer verübelt hätte, daß er sich gestern so unvermittelt auf den Standpunkt der bürgerlichen Parteien von der absoluten Unentbehrlichkeit der Deutschen Volkspartei stellte. Weiter mag seine Haltung in den heutigen Verhandlungen zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokraten verstimmend gewirkt haben. Man nennt als Nachfolger vielfach den Abgeordneten Stresemann. Andere halten die Aussichten des früheren preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald für nicht gering. Aus der Kombination auszuscheiden scheint dagegen der bisherige Reichsfinanzminister Dr. Hermes. Doch ist, wie gesagt, Bestimmtes nicht zu sagen, da die letzte Entwicklung nicht nur Dr. Wirth, sondern ganz zweifellos auch die Führer der Demokraten und des Zentrums und vor allem auch der Deutschen Volkspartei überrascht hat.

Sitzung der Reparationskommission.

wtb. Paris, 14. Nov. Die Reparationskommission hielt gestern nachmittag eine halbamtliche Sitzung ab, in deren Verlauf die Bevollmächtigten einen Meinungsaustausch über die Ergebnisse ihrer Besprechungen in Berlin vornahmen. Sie begannen die Prüfung der Vorschläge, die ihnen die Mitglieder der deutschen Regierung zur Stabilisierung der Mark und des Haushalts unterbreitet hatten. Diese Prüfung wird in einer späteren Sitzung fortgesetzt werden, ebenso die gründliche Prüfung des Berichtes der internationalen Finanzsachverständigen zur Besserung der Finanzlage Deutschlands. Die Reparationskommission wird daher noch vor Ende dieser Woche in amtlicher Sitzung den Wortlaut der Antwort an die deutsche Regierung fertigstellen können. In Bezug auf die Finanzen scheine schon jetzt festzustehen, daß sich Deutschland hiermit gemäß den vom Garantieausschuß im Juli getroffenen Entscheidungen einverstanden erklären würde, wie es in dem Havasberichte heißt. Betreffend die von Deutschland ab 1923 zu leistenden Zahlungen werde die Reparationskommission wahrscheinlich vorschlagen, daß man diese Frage den alliierten Regierungen und infolgedessen der im nächsten Monat beginnenden Brüsseler Konferenz vorlege.

Das Geheimnis der Reparationskommission

wtb. Paris, 14. Nov. Die gestrige Beratung in der Reparationskommission wird, wie das Petit Parisien mitteilt, in mystische Wolken eingehüllt. Die Kommission habe von ihren Sachverständigen eine Stunde über das deutsche Volk und die Stabilisierung der Mark verlangt. Sie werde jetzt der deutschen Regierung eine endgültige Antwort über die Anleihe erteilen und sich jedenfalls in einigen Tagen mit der Prüfung des Programms für die Brüsseler Konferenz befassen. Die Morgenblätter glauben, daß die Reparationskommission erst die Vorschläge der deutschen Regierung erwartet, die von Berlin aus in Aussicht gestellt worden sind, und daß daher die nächste offiziöse Sitzung erst am Mittwoch stattfinden wird, da man annimmt, daß in dieser Sitzung die deutschen Vorschläge vorliegen werden.

Eine neue Reparationsnote der Reichsregierung.

wtb. Berlin, 14. Nov. Wie die Blätter melden, hat die Reichsregierung gestern eine neue Note an die Reparationskommission beschlossen, nachdem Reichsbankpräsident Havenstein dem Kabinett mitgeteilt hatte, daß die Reichsbank bereit sei, mit einer großen Summe Goldmark sich an einer Anleihe, die von ausländischen Finanzkreisen aufgebracht werden soll, zum Zwecke der Markstabilisierung zu beteiligen. In der Note wird der Reparationskommission formell das Anerbieten gemacht, daß die Reichsbank mit einem Betrage von 500 Millionen Goldmark an der Stützungsaktion der Mark teilnimmt, wenn es gelingt, einen ausländischen Bankkredit in der gleichen Höhe zu dem gleichen Zwecke zu erhalten. In der Note wird ferner darauf hingewiesen, daß ein langes Moratorium und zwar eine zwei- bis vierjährige Befreiung von allen Zahlungen auf Reparationskonto, zu einer erfolgreichen Stützungsaktion für die Mark nötig sei. Während des Moratoriums sei die Reichsregierung bereit, die Sachlieferungen fortzusetzen, soweit das ohne neue Kredite oder neue schwebende Schulden möglich sei.

Der Goldschatz.

Berlin, 14. Nov. Das Präsidium der Reichsbank hat dem Reichskanzler ein Schreiben zugehen lassen, in welchem sich die Reichsbank ausdrücklich bereit erklärt, mit der Hälfte ihres Goldschatzes an dem internationalen Syndikat, welches bei den jüngsten Verhandlungen mit dem Wiederherstellungsausschuß zur Stabilisierung der Mark eine Rolle gespielt hat, sich zu beteiligen, wenn bestimmte außen- und innenpolitische Voraussetzungen erfüllt seien. Als außenpolitische Bedingungen betrachtet die Reichsbank einen langfristigen Zahlungsaufschub und entgegenkommende Haltung des Wiederherstellungsausschusses. Nach der innenpolitischen Seite hin wünscht die Reichsbank Aufklärung darüber, ob der Reichskanzler glaubt, eine klare und entschiedene wirtschaftliche und politische Linie gestützt auf eine genügende Mehrheit des Reichstages, verfolgen zu können. Sie ersucht den Reichskanzler festzustellen, ob die politischen Führer des Reichstages geneigt seien, sich hinter ein klares und bestimmtes Programm zu stellen.

Die Teuerungsunruhen.

— Düsseldorf, 14. Nov. Die auf heute abend im Freien nach 6 Uhr, also in der Dunkelheit, einberufenen zwei Versammlungen ausständischer und anderer Elemente auf dem Karlsplatz und auf dem Hindenburgwall konnten von der Schutzpolizei verhindert werden, ohne daß es zu ernsten Zusammenstößen kam. Die Ansammlungen wichen vor der die Plätze säubernden Schutzpolizei zurück. Der Abend verlief ziemlich ruhig. Einen Abwehrkampf des Düsseldorfer Proletariats nennt heute abend die kommunistische Freiheit die neuesten Vorgänge in Düsseldorf. Diese Bewegung erhält aber immerhin den Anschein einer Probe, eines Versuchs radikaler Aufputscher, wie weit man heute gehen könne. Morgen wird sich entscheiden, ob diese Bewegung wieder abnimmt oder gefahrdrohend weiterläuft. Die Mannesmannröhren-Werke, Abteilung Walzwerk Rath, fordern heute die ausständische Belegschaft auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wer dieser Aufforderung nicht nachkomme, gelte als fristlos entlassen. Wie bei früheren politisch unruhigen Tagen in Düsseldorf hat sich auch in diesen Tagen wieder die Unzulänglichkeit des polizeilichen Schutzes herausgestellt. Leider können staatliche und städtische Verwaltung hier im besetzten Gebiet an diesen Dingen nichts ändern. Als Düsseldorf besetzt wurde, mußte auf Anordnung der französischen Behörde die Stärke der Grünen Schutzpolizei von 1200 auf 600 Mann herabgesetzt werden. Durch die Abgänge und andere Verhältnisse stehen meistens nur 400 Mann zur Verfügung, ein für eine Stadt von fast einer halben Million Einwohner ganz unzureichender polizeilicher Schutz.

wtb. Düsseldorf, 14. Nov. Der amtliche Bericht über die Vorgänge am Vormittag besagt: Im Laufe des Vormittags rotteten sich in Oberbilk große Massen zusammen. Man versuchte in der Tonhalle eine Versammlung abzuhalten, die von der Polizei verboten worden war. Darauf drang eine Menge Bewaffneter in die Tonhalle ein. Als die Schutzpolizei zur Räumung vorging, kam es zu einem Zusammenstoß. Einer der Demonstranten gab vom Podium aus einen Schuß auf die Polizei ab. Es entstand ein Handgemenge, bei dem mehrere Leute verletzt wurden und ein Mann auf seiten der Eindringlinge tot auf dem Platze blieb. Die Polizei drängte schließlich die Massen ab. — In Germersheim wurde am Vormittag gewaltsam der Betrieb der Glashütte stillgelegt. Ein großer Teil der Demonstranten versuchte von Germersheim aus das Stadtinnere zu erreichen, wurde aber von der Polizei zerstreut. Die Polizei war inzwischen durch Heranziehung erheblicher Verstärkungen so gekräftigt worden, daß sie Herr der Lage bleiben wird. Sie hat Anweisung, gegen die Demonstranten rücksichtslos mit der Waffe vorzugehen. Es besteht die Ueberzeugung, daß die Polizei auch in den nächsten Tagen imstande sein wird, jeden Putschversuch der Kommunisten zu unterdrücken und die bedrohten Werke durch Wachen zu schützen. Heute nachmittag herrschte verhältnismäßig Ruhe.

wtb. Köln, 14. Nov. Der Polizeipräsident hat mit Rücksicht auf die Störung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung die Polizeistunde für Kaffeehäuser und Schankstätten sowie musikalische Vorführungen von morgen ab auf 11 Uhr festgesetzt.

Nach der sozialdemokratischen Rheinischen Zeitung sollen bei den gestrigen Krawallen Fensterscheiben im Werte von 50 Millionen eingeschlagen und Sachen im Werte von 10 Millionen gestohlen worden sein. In den heutigen Abendstunden war der Verkehr in den Hauptstraßen besonders der Altstadt sehr lebhaft. In vielen Geschäften waren die Läden geschlossen und die Auslagen aus den Fenstern entfernt und diese mit Gittern versehen. Zusammenrottungen konnten von der Polizei verhindert werden.

wtb. Berlin, 14. Nov. Nach einer Blättermeldung aus Köln haben gestern die Teuerungskrawalle in den Vororten von Köln ihren Fortgang genommen. In Ehrenfeld verletzten die von der Menge angegriffenen Polizeibeamten zwei Personen durch Schüsse und Säbelhiebe. Der Vorsitzende der kommunistischen Kontrollkommission wurde von den Besatzungstruppen verhaftet.

— Dresden, 14. Nov. Während der Lohnverhandlungen, die heute im Dresdener Baugewerbe geführt wurden, ereigneten sich nicht unerhebliche Ausschreitungen. Vor dem Geschäftshause des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, wo verhandelt wird, rottete sich eine große Menge von Bauarbeitern zusammen, die allmählich eine drohende Haltung einnahmen, um die Arbeitgeber zum Nachgeben zu zwingen. Schließlich drangen mehrere mit Knüppeln bewaffnete Leute in das Verhandlungszimmer und richteten dort arge Verwüstungen an. Sie bedrohten den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes. Die älteren Arbeiter waren demgegenüber machtlos. Späterhin veranstalteten die Leute noch Umzüge durch die Stadt, die ziemlich geräuschvoll verliefen. Die Angelegenheit wird ein gerichtliches Nachspiel haben. Die Bauarbeiter erhalten in Dresden 22 Mark Stundenlohn mehr als z. B. in Berlin.

Die Orientkrise.

Die Ankunft der Türken in Lausanne.

— Paris, 14. Nov. Die türkische Friedensabordnung unter Führung Ismed Paschas ist in Lausanne angekommen. Bei der Ankunft fragte der französische Konsul im Auftrage der französischen Regierung ob die Abordnung gewillt sei, angesichts der Vertagung der Konferenz die Reise nach Paris fortzusetzen. Ismed Pascha erklärte, er sei ermüdet und wolle sich in Lausanne ausruhen. Er verlangte aber sofort, daß die national-türkischen Vertreter in Paris und Rom nach Lausanne kämen, damit er mit ihnen über die Lage berate. Von dieser Beratung dürfte es abhängen, ob eine Vorbesprechung mit der französischen Regierung von den Türken für notwendig gehalten wird.

— Paris, 14. Nov. Einer römischen Meldung des Journal zufolge wollen die Türken in Lausanne eine Volksabstimmung für Syrien, Palästina und Mesopotamien fordern. Zuvor müßten aber jene Bestandteile der Bevölkerung, die ausgewiesen seien oder eingewandert wären, in ihre Heimat zurückkehren.

Die Nervosität in London und Paris.

— Paris, 14. Nov. Ueber die Verhandlungen die zwischen London und Paris in der Orientfrage geführt werden, berichtet der gut unterrichtete Londoner Vertreter des Petit Parisien:

Die Nervosität, von der ich gestern berichtete und welche die amtlichen englischen Kreise beherrscht, ist gestern von der gesamten Presse unterstrichen worden. Einige Blätter kündigen ihre Nummer mit der Aufschrift an: „Krise mit Frankreich“, und in den Leitaufsätzen beklagt man sich ziemlich bitter über das, was man in England die Abneigung der französischen Regierung, gemeinsam mit ihren Verbündeten zu handeln nennt. Gestern abend ist man von Konstantinopel aus davon in Kenntnis gesetzt worden, daß General Pelle von der französischen Regierung die Ermächtigung erhalten habe, sich für die Verhängung des Belagerungszustandes unter gewissen einschränkenden Bestimmungen zu erklären.

Was die Konferenz von Lausanne anbetreffe, so sei, meint das Blatt, endgültig deren Eröffnung auf den 20. November hinausgeschoben worden. Nichts sei über die Verhandlungen, die das Foreign Office verlangt habe, entschieden worden. Die englische Regierung habe gestern eine Note Poincarés erhalten, der für Ende dieser Woche in Paris oder in Lausanne